

## Dringliche Entscheidung gem. § 60 GO NW

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes

Änderung der Betriebssatzung des Stadtbetriebes ZGL

hier: Änderung der Vergabegrenzen für Leistungen nach der VOF und Verträge

Eilentscheidung durch den Haupt- und Finanzausschuss

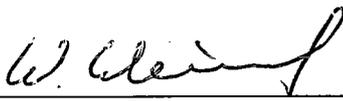
Dringliche Entscheidung

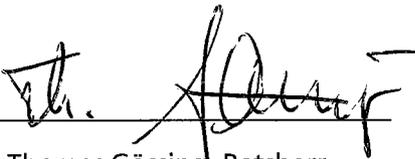
gemäß § 60 Abs. 1 GO NW  
durch den Bürgermeister mit je einem Ratsmitglied aus der CDU- und SPD-Fraktion

gemäß § 60 Abs. 2 GO NW  
durch den Bürgermeister mit dem/der Vorsitzenden eines entscheidungsberechtigten Ausschusses oder einem anderen, dem Ausschuss angehörenden Ratsmitglied

Die im Beschlussvorschlag vorgesehene dringliche Entscheidung wird hiermit getroffen.

  
Müller-Baß, Beigeordneter

  
Wilfried Weineck, Ratsherr

  
Thomas Gössing, Ratsherr

	erledigt am
<input type="checkbox"/> Kopie dem/der Vorsitzenden des entscheidungsberechtigten Ausschusses zur Information übersenden, soweit nicht die 2. Unterschrift geleistet wird.	
<input checked="" type="checkbox"/> Kopie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
<input checked="" type="checkbox"/> Kopie der FDP-Fraktion	
<input type="checkbox"/> Kopie der Fraktion der Statt-Partei	
<input checked="" type="checkbox"/> Kopie der UWG-Fraktion	

Sitzungstermin	Dringliche Entscheidung dem entscheidungsberechtigten Ausschuss bzw. Rat zur Genehmigung vorlegen.
29.11.2009	

Betrieb	Datum	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> Genehmigung Eilentscheidung
ZGL	14.10.2009	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> Genehmigung Dringliche Entscheidung

Beschlussorgan Rat	Sitzungstermin <b>12.11.2009</b>	Tagesordnungspunkt	Vorlagen-Nr.
Beratungsfolge	Sitzungstermin	Tagesordnungspunkt	Vorlagen-Nr.
Bezeichnung des Tagesordnungspunktes Änderung der Betriebssatzung des Stadtbetriebes ZGL hier: Änderung der Vergabegrenzen für Leistungen nach der VOF und Verträge			

<b>Beschlussbedingte</b> Aufwendungen Auszahlungen Erträge Einzahlungen	<input checked="" type="checkbox"/> keine Folgekosten	Finanzierung der Ausgabe	
	<input type="checkbox"/> Folgekosten/Jahr	Eigenanteil	Zuschüsse etc.
<b>HhJahr/Produktkonten</b>	<input type="checkbox"/> Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> im Investitionsprogramm - Jahr:	
	<input type="checkbox"/> Finanzplan	<input type="checkbox"/> nicht im Investitionsprogramm	
überplanmäßige Aufwendung überplanmäßige Auszahlung außerplanmäßige Aufwendung außerplanmäßige Auszahlung	Deckungsvorschlag		

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Lünen beschließt die 1. Änderung der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen vom 02.04.2009.  
 Die Änderung tritt mit dem Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Der Bürgermeister  
 in Vertretung

  
 Müller-Baß  
 Beigeordneter 

Der Betriebsausschuss ZGL hat in seiner Sitzung am 23.09.2009 und der Rat in seiner Sitzung am 08.10.2009 die Änderung der Betriebssatzung des Stadtbetriebes ZGL beschlossen. Dieser Beschluss erwirkte keine Gültigkeit, da u. a. der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung in den Satzungstext nicht aufgenommen wurde.

Im Interesse der vom Rat angestrebten Beschleunigung des Vergabeverfahrens und dem zeitkritischen Abschluss von Verträgen für laufende große Baumaßnahmen und für Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II ist der Formfehler umgehend zu heilen. Dies ist in angemessener Zeit nur im Wege einer Dringlichen Entscheidung möglich.

1. Änderungssatzung vom \_\_\_\_\_ zur Betriebssatzung des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen (ZGL) vom 03.04.2009

Aufgrund der §§ 7 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S.666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S.514) in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – EigVO NRW – vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644) geändert durch Gesetz vom 06.01.2005 (GV. NRW. S. 15) hat der Rat der Stadt Lünen im Wege der dringlichen Entscheidung am \_\_\_\_\_ folgende 1. Änderung der Betriebssatzung des Stadtbetriebs Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen vom 02.04.2009 beschlossen:

§ 1

§ 4 – Betriebsausschuss – der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen (ZGL) vom 03.04.2009 wird wie folgt geändert:

- (1) Der Rat der Stadt Lünen bildet den Betriebsausschuss. Der Betriebsausschuss besteht aus 8 Mitgliedern.
- (2) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch die GO NRW und die EigVO NRW übertragen sind. Darüber hinaus entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm vom Rat der Stadt Lünen ausdrücklich übertragenen Aufgaben sowie in den folgenden Fällen:
  - a) Zustimmung zu Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 206.000 Euro (netto) übersteigt; handelt es sich um Miet-, Leasing- o. ä. Verträge, ist die Zustimmung erforderlich, wenn für einen Zeitraum bis zu 36 Monaten die von ZGL zu leistende (Miet-)Zahlung die Höhe von 206.000 Euro (netto) übersteigt,
  - b) Stundung und befristete Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 50.000 Euro übersteigen,
  - c) Erlass und unbefristete Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 10.000 Euro übersteigen und
  - d) Vergabe von Aufträgen nach der VOB und VOL, die im Einzelfall 75.000 Euro (netto) übersteigen.
  - e) In Anlehnung an die aufgrund des Runderlasses vom 03.02.09 „Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachungen im Vergaberecht“ für die Zeit vom 01.03.09 bis 31.12.10 geänderte Vergabeordnung der Stadt Lünen entscheidet der Betriebsausschuss ab dem 01.03.2009 bis zum 31.12.2010 in Abänderung zu Punkt d) über die Vergabe von Aufträgen nach der VOB, die im Einzelfall 500.000,00 Euro (netto) übersteigen.
  - f) Ab dem 01.01.2011 gilt für die Zustimmung des Betriebsausschusses zu der Vergabe von Aufträgen nach der VOB wieder die Wertgrenze unter Punkt d).
- (3) Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten vor, die vom Rat zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Bürgermeisterin/der

Bürgermeister mit der oder dem Ausschussvorsitzenden entscheiden. § 60 Abs. 1 Satz 3 und 4 GO NRW gelten entsprechend.

- (4) In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, kann, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet, die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister mit der oder dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen dem Rat angehörenden Ausschussmitglied des Betriebsausschusses entscheiden. § 60 Abs. 2 S. 2 und 3 GO NRW gelten entsprechend.